

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Friedrich-Ebert-Str. 7
48653 Coesfeld

per Mail: wolfgang.heuermann@kreis-coesfeld.de



Coesfeld,
11. November 2021

Das Ausbaupotenzial für PV-Freiflächenanlagen im Kreis Coesfeld nutzen!

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion für die Haushaltsberatungen 2022

Die Notwendigkeit eines forcierten Ausbaus regenerativer Energien für den Vollzug der Energiewende ist wohl allgemein anerkannt. Während das Münsterland seine Verantwortung im Bereich der Windenergie bereits in hohem Maße wahrnimmt und die Photovoltaik auf Dächern zumindest intensiv beworben und für kommunale Anlagen hoch subventioniert wird, stehen wir bei der Freiflächen-Photovoltaik (FF-PV) noch ganz am Anfang. Tatsächlich gibt es derzeit im Kreisgebiet lediglich 8 Freiflächenanlagen mit einer Gesamtleistung von 8 MWp.

Erste Ergebnisse einer von den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf in Auftrag gegebenen, noch nicht veröffentlichten Studie „Klimaneutrale Münsterlandkreise 2040“ zeigen jedoch, dass u. a. im Bereich der FF-PV die derzeit installierte Leistung mehr als ver Hundertfacht werden müsste, um Klimaneutralität zu erreichen. Der Energieatlas NRW attestiert dem Coesfelder Kreisgebiet geeignete Flächen für fast 1.570 MWp – es scheint also Potenzial für den Ausbau der FF-PV vorhanden zu sein.

An dieser Stelle ist allerdings deutlich darauf hinzuweisen, dass der weitere Flächenverbrauch durchaus umstritten ist: landwirtschaftlich nutzbarer Boden wird immer knapper, die Pachtpreise wachsen stetig, und immer mehr landwirtschaftliche Betriebe stehen vor existentiellen Herausforderungen. Umso erfreulicher ist es, dass der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband (WLV) in einem aktuellen Positionspapier vom 03. 09. 2021 zu dem Schluss kommt, dass PV-Anlagen zwar vorrangig auf Dachflächen installiert werden sollten, dass „aber auch PV-FFA, vorrangig auf Flächen mit Bewirtschaftungsauflagen, Grenzstandorten oder Ausgleichsflächen, ... einen sinnvollen Beitrag zur Energiewende leisten (können)“. Er sieht auch Chancen für die Landwirte: „Gleichzeitig haben sich die erneuerbaren Energien und damit auch die Photovoltaik für viele Betriebe zu einem wichtigen Standbein entwickelt und leisten gerade vor dem Hintergrund volatiler Agrarmärkte einen stabilisierenden Anteil am Unternehmenserfolg“, fordert aber zu Recht einen Ausschluss hochwertiger, landwirtschaftlich nutzbarer Flächen.

So sollte sich der - auch von ihm anerkannt - notwendige Ausbau wie durch das EEG 2021 vorgesehen auf minderwertige Flächen wie Randstreifen an überregionalen Straßen- und Bahntrassen oder Konversionsflächen aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung beschränken. Zudem könnte die sog. Agri-Photovoltaik, also die gleichzeitige Nutzung von Flächen für die landwirtschaftliche Produktion und die Erzeugung von PV-Energie, das Problem eines überhandnehmenden Flächenverbrauchs deutlich entschärfen.


Zur Wahrung dieser unterschiedlichen Interessen und als erster wichtiger Schritt zur Belegung der FF-PV müsste zunächst für das Kreisgebiet auf der Basis der LANUV-Empfehlung und unter Berücksichtigung landwirtschaftlicher Interessen eine differenzierte Nutzungskarte für FF-PV erstellt werden. Obgleich innerhalb ihres Gebiets und natürlich in Abstimmung mit der Regionalplanung die jeweilige Kommune Herrin des Verfahrens ist, liegt es auf der Hand, dass sinnvollerweise zunächst der Kreis für das gesamte Kreisgebiet eine Potenzialstudie erarbeitet und diese dann den Kommunen zur Verfügung stellt. Auf der Basis dieser Studie könnte dann auf kommunaler Ebene die konkrete Überarbeitung der Bauleitplanung mit anschließender Ausweisung geeigneter Flächen in Angriff genommen werden.

Daher stellt die CDU-Kreistagsfraktion den folgenden Antrag:

Der Kreis Coesfeld beauftragt für das gesamte Kreisgebiet die Erstellung einer differenzierten Potenzialstudie für mögliche Photovoltaik-Freiflächen – unter Einbeziehung des vom LANUV herausgegebenen Energieatlas und unter besonderer Berücksichtigung landwirtschaftlicher Interessen. Die Ergebnisse der Studie werden anschließend den Kommunen vor- und zur Verfügung gestellt.

Hierfür ist eine Summe von ca. 20.000 € in den Haushalt 2022 einzustellen

Mit freundlichen Grüßen


Klaus-Viktor Kleerbaum
Vorsitzender